



**BEWEGTEN LETZTEN ABSCHIED** nahmen gestern in Mauer von dem 19-jährigen Studenten Wilfried Weirich, der dieser Tage auf dem Wege zu einem THW-Übungsabend in Neckargemünd tödlich verunglückte, zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sowie Abordnungen aus Heidelberg. Die Grabrede von Pfarrer Gscheidle und Ansprachen, die mit Kranzniederlegungen verbunden waren, zeugten von der Beliebtheit des jungen Mannes, der sich auch besonders um das Technische Hilfswerk verdient gemacht hatte. Für die Stadt Heidelberg legte Heiko Vieth als THW-Ortsbeauftragter, Gg. Wagner für die Fernmeldezentrale des Katastrophenschutzes und E. Bahrendt für den Fachdienst ABC je einen Kranz nieder. (Foto: Linke)

# „Noch nicht das letzte Wort gesprochen“

**MdL Weiser (CDU) zur Stuttgarter Entscheidung – Kampf um Selbständigkeit fortsetzen**

„Die Beschlüsse des Sonderausschusses Verwaltungsreform hatten lediglich empfehlenden Charakter, das war von vornherein klar. Nach wie vor hat die Regierung die alleinige Entscheidungsgewalt“, mit diesen Worten leitete der CDU-Landtagsabgeordnete Gerhard Weiser (Mauer) im Gespräch mit der RNZ eine Stellungnahme zu den Stuttgarter Kabinetts-Entscheidungen ein, deren Ergebnisse u.a. waren, die Gemeinden Dossenheim und Ziegelhausen nach Heidelberg sowie St. Ilgen nach Leimen einzugemeinden (wir berichteten ausführlich darüber).

Weiser wandte sich energisch gegen die Behauptung, die zur Eingemeindung vorgesehenen Gemeinden seien „vergewaltigt“ worden. Vergewaltigen könne die Regierung nicht, sie habe vielmehr ein Angebot vorgelegt. Weiser wies in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hin, daß die Regierung keine Möglichkeit habe, Zwangszusammenschlüsse vorzunehmen. Die Freiwilligkeit bleibe bis zum 31. 12. 1974 erhalten und erst dann könne der Gesetzgeber Entscheidungen treffen.

Im übrigen vertrat MdL Weiser die Auffassung, daß trotz des Kabinetts-Beschlusses in „Sachen Eingemeindung“ noch lange nicht das letzte Wort gesprochen ist. Die Voten im Sonderausschuß zugunsten der Selbständigkeit seien so klar gewesen, daß

bei Einbringung der Schlußgesetzgebung durchaus noch Mehrheiten gegen Eingemeindungen zu erwarten seien. Den um die weitere Selbständigkeit kämpfenden Gemeinden sei zu empfehlen, ihre Bemühungen so intensiv fortzusetzen, wie bisher. Mit überzeugenden Argumenten sei noch viel zu erreichen. Für die Landtagsabgeordneten der CDU im Rhein-Neckar-Kreis gab Weiser zu verstehen, daß sie so energisch wie in den vergangenen Monaten für die Belange der Gemeinden eintreten werden.

Den wiederholten Versuch, den baden-württembergischen Innenminister Schiess als ungläubig hinzustellen, wies Weiser zurück. Sicher stimme, daß Schiess die Parole „Entweder alle drei, oder keiner“ ausgegeben habe. Zu bedenken sei jedoch, daß es sich bei den Stuttgarter Entscheidungen um Kabinettsbeschlüsse gehandelt habe, für die ein einzelner nicht verantwortlich zu machen sei. Dennoch verhehlte Weiser nicht, daß auch ihn das Stuttgarter Ergebnis etwas überrascht habe, wenn man auch nicht davon ausgegangen sei, daß alle Empfehlungen des Sonderausschusses Gehör finden.

Für die kommenden Monate komme es nun darauf an, daß wieder Ruhe in der Verwaltung einkehre, damit sie ihrer eigentlichen Aufgabe gerecht werden könne. Während die Gebietsreform nunmehr abgeschlossen werden sollte, bildeten Funktional- und Innere Reform für die Verwaltung einen ständigen Prozeß. Als eine „Aussage wider besseren Wissens“ bezeichnete Weiser die Spekulationen, nach denen es kein Zufall sei, daß lediglich Gemeinden zur Eingemeindung vorgeschlagen seien, die nicht von einem CDU-Bürgermeister verwaltet werden. Weiser erinnerte in diesem Zusammenhang an Eppelheim und Ilvesheim, die auch ohne CDU-Bürgermeister der Eingemeindung entgangen seien, während das CDU-„regierte“ Neckarhausen einen Zusammenschluß mit Edingen habe hinnehmen müssen.

Schließlich nahm MdL Weiser auch zur Frage einer Mandatsniederlegung Stellung. Wörtlich erklärte der Abgeordnete: „Erstens bin ich der Meinung, daß in der Gebietsreform noch nicht die Würfel gefallen sind. Zweitens ist der Wählerauftrag wohl kaum so zu sehen, daß wegen einer Streitfrage in der Landespolitik eine Mandatsniederlegung erfolgen muß. Die Verwaltungsreform ist nur ein Bereich meiner Tätigkeit als Abgeordneter, während die Kultur- und Strukturpolitik, Fragen des Umweltschutzes, die

Landwirtschaftspolitik und vieles mehr ebenfalls Bestandteile der Landespolitik sind, die von der CDU-Regierung bisher in hervorragender Weise bewältigt wurden. Auch in Zukunft auf diesen Gebieten einen Beitrag zu leisten, das entspricht meinem Wählerauftrag.“

## Neue Termine für den TÜV

Für den Rhein-Neckar-Kreis gibt der Technische Überwachungsverein Baden E.V. folgende Termine für Fahrzeugüberprüfungen im August und September bekannt: Prüfstelle Mannheim (Harrlachweg): täglich von 7.30 bis 11.30 Uhr und von 13 bis 15.30 Uhr. Prüfstelle Heidelberg (Am Taubenfeld): täglich von 7.30 bis 11.30 Uhr und von 13 bis 15.30 Uhr. Prüfstelle Sinheim (Breite Seite): jeden Montag, Dienstag, Mittwoch und Freitag von 8 bis 11.30 Uhr und von 13 bis 15.30 Uhr. Montags nachmittags nur Hauptuntersuchungen gemäß § 29 StVZO – keine Begutachtungen nach §§ 19, 21 StVZO. Prüfstelle Eberbach (Dieselstraße): jeden Donnerstag von 8 bis 11.30 Uhr und 13 bis 15.30 Uhr.

## CDU-Angebot an Georg Steinbrenner

Heidelberg/Mauer. Aussichtsreichster Kandidat für den Präsidenten-Sessel im Regional-Verband „Unterer Neckar“, der im Oktober oder Anfang November gegründet wird, ist der bisherige Landrat und Amtsverweser des Großkreises Rhein-Neckar, Georg Steinbrenner. Wie der CDU-Landtagsabgeordnete Gerhard Weiser (Mauer) in einem Interview mit der RNZ bestätigte, hat seine Fraktion dem aus dem Amt scheidenden bisherigen Landrat (Nachfolger ist Albert Neckenauer) diesen Posten in Aussicht gestellt. Weiser ließ keinen Zweifel daran, daß sich die CDU-Fraktion im Regionalverband, die im September gebildet werden soll, einstimmig für die Präsidentenschaftswahl Steinbrenners einsetzen wird. Im künftigen Regionalverband „Unterer Neckar“, dem 80 Mitglieder angehören werden, wird die CDU mit 36 Sitzen vertreten sein. Dazu MdL Weiser: „Uns fehlen bei der Abstimmung über den Kandidaten nur wenige Stimmen zur Mehrheit, deshalb werden wir es mit dem von uns gestützten Kandidaten versuchen.“

# Lehrerberuf wird Domäne der Frauen

**Lehrerinnen-Anteil auch in Heidelberg-Land steigend – Rund 1000 Lehrkräfte**

Der Schulkreis Heidelberg-Land umfaßt den früheren Landkreis Heidelberg und verzeichnet insgesamt 955 Lehrkräfte an Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen, die insgesamt 23 095 Schüler unterrichten. Weit aus der größte Teil, nämlich 652, sind an Volksschulen beschäftigt, 101 an Realschulen, 74 an Sonderschulen, und 88 sind Handarbeitslehrerinnen.

Auch an den Realschulen des Schulkreises Heidelberg-Land ist in den letzten beiden Jahren eine erhebliche Zunahme festzustellen. Die Schülerzahl stieg von 1940 auf 2466, die der Reallehrer von 75 auf 101. Das Verhältnis verbesserte sich von 26:1 auf 24,4:1. Von den 101 Reallehrern sind 48 Herren und 53 Damen. Noch höher ist der Anteil der Lehrerinnen bei den Sonderschulen, wo auf 28 Lehrer 46 Lehrerinnen entfallen. In Baden-Württemberg waren 145 201 Realschüler gemeldet, 67 987 Knaben und 77 214 Mädchen. Sie wurden von 4 977 Lehrkräften unterrichtet, wovon 2276 Lehrerinnen waren.

Der Lehrerberuf wird immer mehr zu einer Domäne der Frauen, was auch im Schulkreis Heidelberg-Land gut festzustellen ist. 1962 waren von 428 Lehrkräften 252 Herren und 176 Damen, gleich 41,1 Prozent. 1970 war der Anteil an Lehrerinnen bereits auf 61,8 Prozent gestiegen, nämlich 517 von 836. 1972 erreichte er mit 64,9 Prozent den Höchststand, wobei die Tendenz jedoch weiterhin steigend ist. Von 955 Lehrkräften sind 620 Lehrerinnen! In Nordbaden beträgt der Anteil der weiblichen Lehrkräfte 63,9 Prozent, in Südbaden 58,4 Prozent. Die Städte Mannheim und Freiburg liegen mit jeweils 70,6 Prozent Lehrerinnen an der Spitze in Baden.

Auch die Sonderschulen im Bezirk Heidelberg-Land haben in den letzten zwei Jahren einen erheblichen Zuwachs zu verzeichnen. 1970 waren 941 Schüler und 52 Lehrer gemeldet, 1972 bereits 1017 Schüler und 74 Lehrer, wodurch sich das Verhältnis von Schüler zu Lehrer von 18 zu 1 auf 14 zu 1 verbesserte.

In Baden-Württemberg gab es 1971 304 Sonderschulen für Lernbehinderte mit 1984 Klassen, in denen 24 319 Schüler und 16 274 Schülerinnen unterrichtet wurden. Die Zahl der Lehrkräfte betrug insgesamt 1894, 683 männliche und 1211 weibliche.

Dies bedeutet gegenüber der letzten Statistik vor zwei Jahren eine erhebliche Zunahme, denn damals waren nur 836 Lehrkräfte gemeldet. Ihre Zahl erhöhte sich somit um 119 oder 14,2 Prozent. Gleichzeitig stieg jedoch die Schülerzahl von 22 227 auf 23 095. Kamen 1970 noch durchschnittlich 26,6 Schüler auf einen Lehrer, so verbesserte sich dieses Verhältnis 1972 auf 24,2 pro Lehrer.

An den Grund- und Hauptschulen stiegen die Schülerzahlen in den letzten zwei Jahren von 19 346 auf 19 612. Im ganzen Land Baden-Württemberg wurden 1971 26 853 Lehrkräfte an Volksschulen gezählt, davon 11 997 Lehrer und 14 856 Lehrerinnen, die 949 931 Schüler, 483 721 Knaben und 466 210 Mädchen unterrichteten.

# Einheitliche Planung erschwert

**Konferenz des Regionalpolitischen Arbeitskreises der Jusos**

Nachdem der Mannheimer Rektor Prof. Zeitel trotz vorheriger mündlicher Zusage durch Uni-Bedienstete den Jusos alle Räume mit der Begründung gesperrt hatte, in der Mannheimer Uni habe es an Samstagen noch nie Veranstaltungen gegeben, auch nicht für universitäre Gruppen, hielten die Jungsozialisten aus dem gesamten Bereich des Raumordnungsverbandes RN, also den Kreisen MA, HD, RN, Odenwald, Bergstr., und LU, NW, SP, DUW, WO (Rh-Pf) in einem Mannheimer Hotel eine ganztägige Arbeitskonferenz zur Regionalplanung im Rhein-Neckar-Raum ab. Diese Konferenz, geplant und organisatorisch durchgeführt von Genossen aus dem baden-württembergischen Teil, sollte als erste ihrer Art eine Einführung in diesen bisher vernachlässigten Themenbereich geben.

Nach einer kurzen Einführung in die Geschichte der Regionalplanung und Verwaltungskoordination in diesem Verdichtungsraum seit den 50er Jahren durch R. Hahn (HD) referierte der Dir. des ROV, Dr. Kurt Becker Marx, über Bedingungen und Ziele der Raumplanung in diesem Gebiet. Dabei kritisierte er besonders die unterschiedlichen räumlichen Abgrenzungen dieses Raumes durch die Länder und den Bund, die eine einheitliche Planung sehr erschweren. Die Randlage des Raumes in allen 3 Bundesländern sowie das niedrige Image im Vergleich zu anderen Metropolen seien mit Ursachen für den vergleichsweise niedrigen Anteil an Erwerbsbevölkerung im Dienstleistungssektor. Es müsse politisch entschieden werden, ob man Wirtschaftsmaximierung, Wohlstandsausgleich oder Nullwachstum haben wolle.

Das Schlüsselproblem dabei sei die Bevölkerungsentwicklung, die, besonders in den Großstädten, weit unter den vorhergesagten Ziffern bliebe. Ein auch nur geringes Bevölkerungswachstum sei nur durch verstärkten

Gastarbeiterzugang möglich. Das sei jedoch sehr problematisch. Besser sei, das Kapital zu den Menschen als umgekehrt zu bringen.

Prof. Dr. Karl Ganser, Präsident der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde u. Raumordnung in Bonn, versuchte in einem weiteren Vortrag, die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen für die Raumordnung zu systematisieren. Mit Hilfe eines Modells aus 12 Bereichen von Wirtschaft, Technologie, Bevölkerung und Ökologie, deren Trends er abschätzte und aufeinander bezog, versuchte er verschiedene Entwicklungen innerhalb der verdichteten Regionen zu erklären. Ohne eine umfassende Gegensteuerung z. B. bestände die Gefahr, daß sich die Rhein-schleife zwischen Frankfurt und Basel, in deren Mitte der RNR liegt, zu einer der größten Industriezonen Europas auswachse, wobei sich die Lebensqualität der Bevölkerung erheblich verschlechtern würde. Um dem Siedlungsdruck z. B. entlang der Bergstraße wirksam zu begegnen, plädierte er für eine entschädigungslose Zurückstufung von Bauland zugunsten von Freizeitanlagen. Eine demokratisierte regionale Ebene sei dringend geboten; dafür müßten die starren Grenzen zwischen Stadt und Umland, die Parallelität von Stadt- und Landkreisen, beseitigt werden.

Die lebhafteste Diskussion der Referate zeigte nicht nur das Interesse und die vielfältigen Bezüge zur Kommunalpolitik der Jungsozialisten, sondern auch, wie sehr dieser Bereich bisher den wenigen Mandatsträgern und Technokraten überlassen worden ist. Um das auf längere Sicht gründlich zu ändern, bildete sich im Anschluß an diese Konferenz ein Arbeitskreis, der als grenzüberschreitendes Gremium der Jusos die Regionalplanung im allgemeinen aufarbeiten will und daraufhin die konkreten Planungen im Rhein-Neckar-Raum beziehen will.

# Thema: Freiburger Thesen

**MdB Hoelscher referierte beim FDP-Frauenarbeitskreis Rhein-Neckar**

Auf Einladung des Frauenarbeitskreises des FDP-Kreisverbandes Rhein-Neckar referierte MdB Hoelscher über die Freiburger Thesen der FDP zur Gesellschaftspolitik. Der Referent wies zunächst darauf hin, daß das Grundgesetz der BRD eine der liberalsten Verfassungen überhaupt sei; liberale Politik könne sich daher heute nicht mehr darauf beschränken, den Freiheitsraum des einzelnen gegenüber dem Staat zu verteidigen, da es hier nicht mehr viel zu tun gäbe. Es gehe heute vielmehr darum, den Freiheitsraum des einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Kräften innerhalb der Gesellschaft zu schützen.

Ausführungen auf die Thesen zum Eigentum, zur Vermögensbildung und zur Mitbestimmung. Zum Eigentum führte er aus, daß es der FDP nicht um die Sozialisierung des Produktionsvermögens oder um die Kommunalisierung von Grund und Boden gehe. Beim Bodeneigentum gehe es vorrangig darum, zu verhindern, daß einzelne durch die Leistung der Gemeinschaft, wie etwa die Erstellung von Flächennutzungsplänen, hohe Spekulationsgewinne erzielen.

Beim Eigentum an Produktionsmitteln gehe es im Augenblick in erster Linie um den Abbau der Macht im Unternehmerbereich durch die Einführung eines Mitbestimmungsgesetzes, das allen Teilen der Belegschaft gerecht werde und auch Minderheiten, wie z. B. die leitenden Angestellten, berücksichtige. Im Bereich der Mitbestimmung werde mit Sicherheit noch in der laufenden Legislaturperiode mit einer gesetzlichen Regelung zu rechnen sein. Die FDP würde jedoch keinem Gesetz zustimmen, das ein Delegationsrecht auf die Gewerkschaften vorsehe.

## Stereo-Kompaktanlage WEGA

„Studio 3220 HiFi“. Steuergerät mit Studio-Plattenspieler Dual 1229 (Stereo-Magnet-System D 101 MS mit Diamant-nadel), mit KW, LW, MW und UKW mit 10 Stationstasten, mit Muting- und Konturschaltung, mit Präsenzregler, mit 4 Lautsprecher- und 2 Kopfhöreranschlüssen. 2 x 65 W

Musikleistung (2x45 W Sinus), Leistungsbandbreite 20 bis 20 000 Hz. Gehäuse: metallic, anthrazit oder weiß. Gebundener Verkaufspreis 2480.— abzüglich Skonto = **2405.—**

Untergestell WEGA 322, ebenfalls in den Farben metallic, weiß oder anthrazit 120.—.

**MANN MOBILIA**  
»Die Wunderwelt des Wohnens«  
am Autobahnkreuz Mannheim/Viernheim, im WERTKAUF-Center.

Sonntags: Probewohnen (ohne Verkauf) von 11–18 Uhr.

**Wir stellen Unfallmelder an Bundesstraßen**  
Spendenkonto: Postscheck Stuttgart 24 300-700